

20 MINUTEN-/TAMEDIA- ABSTIMMUNGSUMFRAGE



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 13. Juni 2021
Auswertung 1. Umfragewelle
Sperrfrist: 30. April, 6.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Resultate	3
1 Trinkwasser-Initiative	8
1.1 Unterstützung nach Geschlecht	9
1.2 Unterstützung nach Parteien	10
1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	11
1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	12
1.5 Unterstützung nach Alter	13
1.6 Argumente	14
2 Abstimmung zum Pestizidverbot	15
2.1 Unterstützung nach Geschlecht	16
2.2 Unterstützung nach Parteien	17
2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	18
2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	19
2.5 Unterstützung nach Alter	20
2.6 Argumente	21
3 Abstimmung über das Covid-19-Gesetz	22
3.1 Unterstützung nach Geschlecht	23
3.2 Unterstützung nach Parteien	24
3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	25
3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	26
3.5 Unterstützung nach Alter	27
3.6 Argumente	28
4 Abstimmung über das CO2-Gesetz	29
4.1 Unterstützung nach Geschlecht	30
4.2 Unterstützung nach Parteien	31
4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	32
4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	33
4.5 Unterstützung nach Alter	34
4.6 Argumente	35
5 Abstimmung über das Gesetz zu polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus	36
5.1 Unterstützung nach Geschlecht	37
5.2 Unterstützung nach Parteien	38
5.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	39
5.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	40
5.5 Unterstützung nach Alter	41
5.6 Argumente	42



6 Technische Details	43
7 Statistische Unschärfe	43
8 Modellbasierte oder designbasierte Umfragen?	45
9 Bisherige Umfragen und Vergleich mit Endergebnis	46



Zusammenfassung der Resultate

Trinkwasser-Initiative

Gemäss der ersten 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage spricht sich eine Mehrheit der Befragten für die Trinkwasser-Initiative aus. Stand heute hätten 54% der Vorlage zugestimmt und 43% die Initiative abgelehnt (Seite 8). Die Resultate der ersten Abstimmungsumfrage weisen auf eine starke Polarisierung nach Parteien hin: So sind linke Wähler*innen für die Vorlage, während sich Wähler*innen der SVP, der FDP und der Mitte gegen die Vorlage aussprechen. Bei den Grünen ist die Unterstützung erwartungsgemäss am stärksten (siehe Seite 10). Das trifft auch auf Stadtbewohner*innen zu (68% Ja, siehe Seite 12). Mit zunehmendem Alter steigt die Unterstützung für die Initiative und die Vorlage findet etwas höheren Zuspruch bei den Frauen (Seiten 9 und 13).

Die beiden überzeugendsten Argumente für die Befürworter*innen sind, dass zum einen über eine Millionen Menschen Trinkwasser konsumieren, welches mit Pestiziden aus der Landwirtschaft belastet sei und zum anderen, dass es nicht sein dürfe, dass eine schädliche Landwirtschaftspolitik mit Milliarden von Steuergeldern subventioniert werde. Die Ablehnung der Gegner*innen gründet insbesondere in der Meinung, dass die Initiative die Landwirtschaft schwächen würde, weil sie weniger Lebensmittel produzieren könnte (Seite 14).

Initiative zum Pestizidverbot

Neben der Trinkwasser-Initiative kommt im Juni eine zweite Landwirtschaftsvorlage zur Abstimmung. Die Initiative für eine Schweiz ohne Pestizide findet sieben Wochen vor dem Abstimmungstermin eine knappe Mehrheit: 53% sprechen sich für und 43% gegen die Vorlage aus (Seite 15).

Es zeigt sich ein fast deckungsleiches Konfliktmuster wie bei der Trinkwasser-Initiative: Zustimmung findet die Vorlage im linken Lager (von 70 bis 89%). Bei der Mitte und der FDP finden sich keine Mehrheiten, was auch für die Zustimmung der SVP gilt (siehe Seite 17). Auch diese Initiative unterstützen eher Frauen und Städter*innen und die Zustimmung steigt mit zunehmendem Alter (Seite 16 und 20).

Es gibt je ein Hauptargument: Zum einen überzeugt die Befürworter*innen, dass Pestizide eine Gefahr für die Gesundheit seien, weil es einen Zusammenhang zwischen Pestiziden und bestimmten Krebsarten oder der Abnahme von Fruchtbarkeit gebe. Auf der anderen Seite sind die Gegner*innen der Meinung, dass die Initiative eine Gefahr für die Versorgungssicherheit darstelle (Seite 21).

Abstimmung über das Covid-19-Gesetz

Das Covid-19-Gesetz geniesst eine hohe Unterstützung: Aktuell wollen 66% der Vorlage zustimmen (bei 27% Nein, siehe Seite 22). Bei dieser Vorlage zeigt sich ein klarer Unterschied zwischen



Anhänger*innen der SVP und den restlichen Parteien: Während die Vorlage über alle Parteien hinweg eine hohe Zustimmung geniesst, sind einzig die Wähler*innen der SVP gegen das Covid-19-Gesetz (37% Ja, siehe Seite 24).

Befürworter*innen betonen ausserordentlich stark folgendes Argument: das Gesetz sei nötig, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Auf der anderen Seite geben Gegner*innen der Vorlage hauptsächlich an, dass das Gesetz die Macht von Bundesrat und Verwaltung stärken und Ungeimpfte diskriminiere (Seite 28).

CO2-Gesetz

Zur Abstimmung kommt am 13. Juni auch das CO2-Gesetz, welches gemäss der aktuellen Befragung eine Mehrheit findet (54% sprechen sich für und 43% gegen die Vorlage aus, siehe Seite 29). Auch diese Vorlage teilt Befürworter*innen und Gegner*innen in klare Lager: Sympathisant*innen der SVP und der FDP sprechen sich gegen und die Wähler*innen der Grünen, SP sowie GLP für das Gesetz aus (Seite 31).

Die Vorlage weist einen deutlichen Stadt-Land-Graben auf: Städter*innen sprechen sich für das Gesetz aus und Bewohner*innen auf dem Land sind gegen die Vorlage (65% vs. 47% Ja, siehe Seite 33). Befürworter*innen betonen, dass das Gesetz eine lenkende Wirkung habe, welche klimafreundliches Verhalten belohne, da mehr zahle, wer mehr CO2 verursache. Gegner*innen finden hingegen, dass das Klimaproblem nicht über Steuern und Abgaben gelöst werde, sondern über Innovation (siehe Seite 35).

Gesetz über polizeiliche Massnahmen gegen den Terrorismus

Schliesslich wird dem Stimmvolk noch eine weitere Vorlage vorgelegt. Laut der ersten Welle wird das Gesetz zu polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus deutlich angenommen: 68% sprechen sich für die Vorlage aus (24% sind dagegen, siehe Seite 36). Auch diese Vorlage polarisiert stark nach Parteien: Nur die Wähler*innen der Grünen und SP sprechen sich gegen die Vorlage aus – jedoch sind bei beiden Parteien grosse Anteile an Unentschiedenen auszumachen (siehe Seite 38). Auf dem Land und mit zunehmendem Alter findet das Gesetz eine stärkere Zustimmung (siehe Seite 40 und Seite 41).

Die Gegner*innen sind der Meinung, dass das Gesetz der Willkür Tür und Tor öffne und unbescholtene Bürger unter falschen Verdacht geraten könnten. Auf der anderen Seite sind die Befürworter*innen der Überzeugung, dass die Polizei heute zu wenig Möglichkeiten habe, um präventiv gegen potentielle Terroristen vorzugehen (Seite 42).



Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 18'271 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichteten Antworten von UmfrageteilnehmerInnen (13'335 aus der Deutschschweiz, 4'494 aus der Romandie und 442 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 26. – 27. April 2021
- Auswertungszeitraum: 27. – 29. April 2021
- Stichproben-Fehlerbereich: $\pm 1.2\%$ Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Wahlumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 Minuti

Kontakt

Nicole Bänninger, Medienverantwortliche Tamedia
+41 44 248 41 87, nicole.baenninger@tamedia.ch

Eliane Loum-Gräser, Medienverantwortliche 20 Minuten
+41 44 248 41 34, eliane.loum@20minuten.ch

Projektleitung: Christoph Zimmer, Chief Product Officer Tamedia, christoph.zimmer@tamedia.ch
Projektkoordination: Pascal Michel, pascal.michel@20minuten.ch, Jacqueline Büchi, jacqueline.buechi@tamedia.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch),
Thomas Willi (willi@leewas.ch)



Über 20 Minuten

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe der Region Zürich lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zum reichweitenstärksten Schweizer Medientitel mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. In acht gedruckten Lokalausgaben fünfmal die Woche und digital rund um die Uhr informiert und unterhält 20 Minuten in drei Sprachen mit Geschichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Auf den digitalen Kanälen bietet 20 Minuten auch Bewegtbild, Audio-Formate, Radio und weitere zukunftsweisende Technologien. 20 Minuten ist ein Teil der TX Group und umfasst 20 Minuten, 20 minutes und 20 minuti, 20 Minuten Radio, lematin.ch, Encore und die Beteiligungen im Ausland (L'essentiel in Luxemburg, Heute in Österreich und BT in Dänemark).

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören die drei grössten Zeitungsdruckereien der Schweiz zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende:

<https://www.tamedia.ch/de/unternehmen/newsroom/medienmitteilungen>



1 Trinkwasser-Initiative

Tabelle 1: Werden Sie für die Trinkwasser-Initiative stimmen?

	%	
Ja	43	} 54
Eher Ja	11	
Eher Nein	8	} 43
Nein	35	
Keine Angabe	3	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



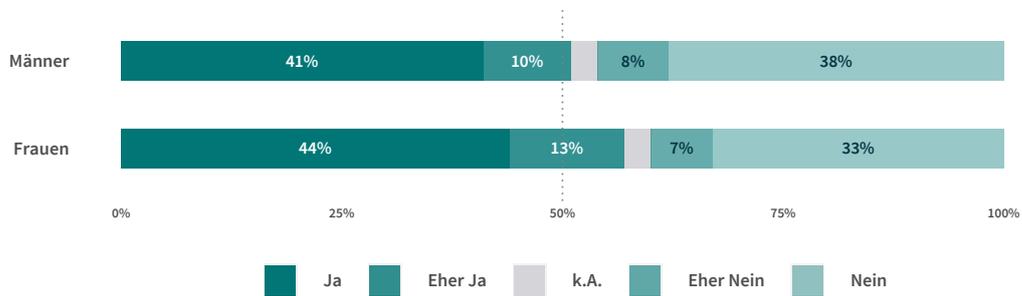
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für die Trinkwasser-Initiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	41	44
Eher Ja	10	13
Eher Nein	8	7
Nein	38	33
Keine Angabe	3	3
Statistische Unschärfe (±)	1	2



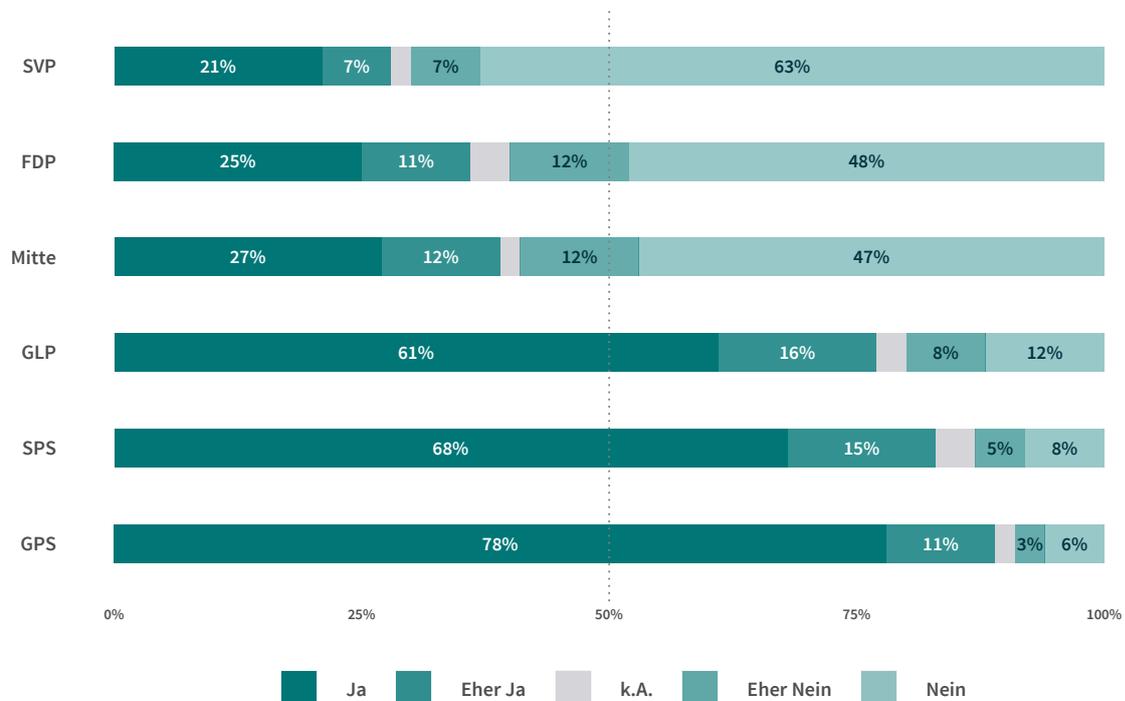
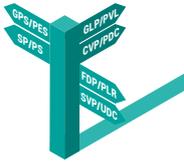
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für die Trinkwasser-Initiative stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	25	27	68	21	78	61
Eher Ja	11	12	15	7	11	16
Eher Nein	12	12	5	7	3	8
Nein	48	47	8	63	6	12
Keine Angabe	4	2	4	2	2	3
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	2	3	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für die Trinkwasser-Initiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	44	39	46
Eher Ja	12	11	13
Eher Nein	8	9	7
Nein	34	38	29
Keine Angabe	2	3	5
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für die Trinkwasser-Initiative stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	54	43	35
Eher Ja	14	14	8
Eher Nein	8	8	8
Nein	21	32	47
Keine Angabe	3	3	2
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2	2



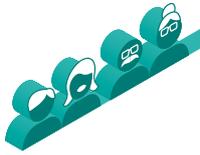
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für die Trinkwasser-Initiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	34	38	47	51
Eher Ja	13	13	10	10
Eher Nein	8	8	8	8
Nein	41	38	32	29
Keine Angabe	4	3	3	2
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 7: Welches Argument spricht am ehesten für die Trinkwasser-Initiative?

	%
Über eine Million Menschen konsumiert Trinkwasser, das übermässig mit Pestiziden aus der Landwirtschaft belastet ist.	34
Es darf nicht sein, dass die schädliche Landwirtschaftspolitik mit Milliarden von Steuergeldern subventioniert wird.	31
Der präventive Antibiotika-Einsatz in der Landwirtschaft fördert die Verbreitung bedrohlicher antibiotikaresistenter Bakterien.	18
Der Pestizideinsatz führt zu einem Verlust der Biodiversität.	14
Ein anderes.	2
Keines.	1

Tabelle 8: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Trinkwasser-Initiative?

	%
Die Initiative würde die Landwirtschaft schwächen, weil sie weniger Lebensmittel produzieren könnte.	31
Die Umwelt würde einfach stärker im Ausland belastet, da mehr Lebensmittel importiert werden müssten.	24
Die Initiative ist kontraproduktiv. Direktzahlungen sind an ökologische Auflagen geknüpft. Fallen die Zahlungen weg, werden die Auflagen nicht mehr eingehalten.	21
Das Parlament hat das Kernanliegen der Initiative mit verschiedenen Gesetzesanpassungen schon aufgenommen.	10
Die Initiative würde Schweizer Landwirtschaftsprodukte verteuern.	9
Ein anderes.	3
Keines.	2

[↩ Zurück zur Zusammenfassung](#)



2 Abstimmung zum Pestizidverbot

Tabelle 9: Werden Sie für das Pestizidverbot stimmen?

	%	
Ja	40	} 53
Eher Ja	13	
Eher Nein	9	} 43
Nein	34	
Keine Angabe	4	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



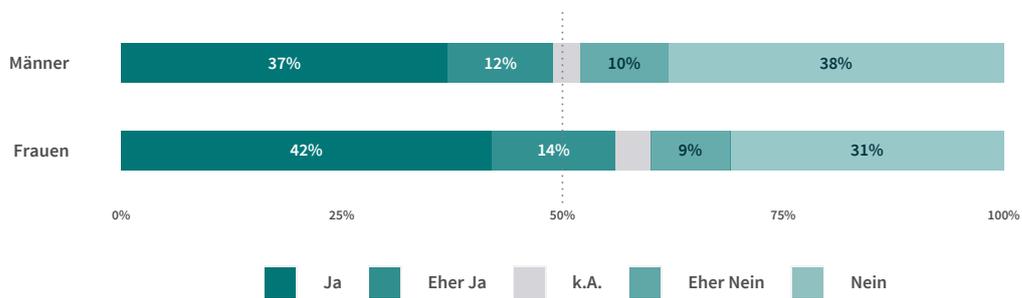
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 10: Werden Sie für das Pestizidverbot stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	37	42
Eher Ja	12	14
Eher Nein	10	9
Nein	38	31
Keine Angabe	3	4
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2



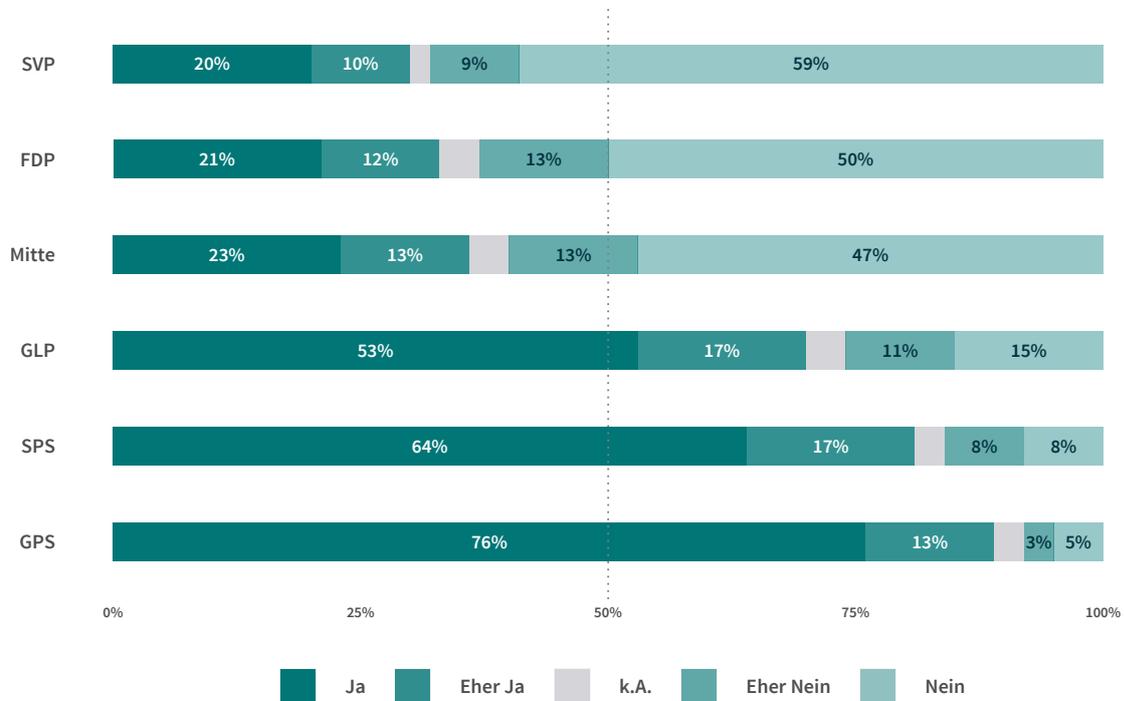
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 11: Werden Sie für das Pestizidverbot stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	21	23	64	20	76	53
Eher Ja	12	13	17	10	13	17
Eher Nein	13	13	8	9	3	11
Nein	50	47	8	59	5	15
Keine Angabe	4	4	3	2	3	4
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	2	3	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 12: Werden Sie für das Pestizidverbot stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	41	39	47
Eher Ja	13	13	16
Eher Nein	9	9	7
Nein	34	35	27
Keine Angabe	3	4	3
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



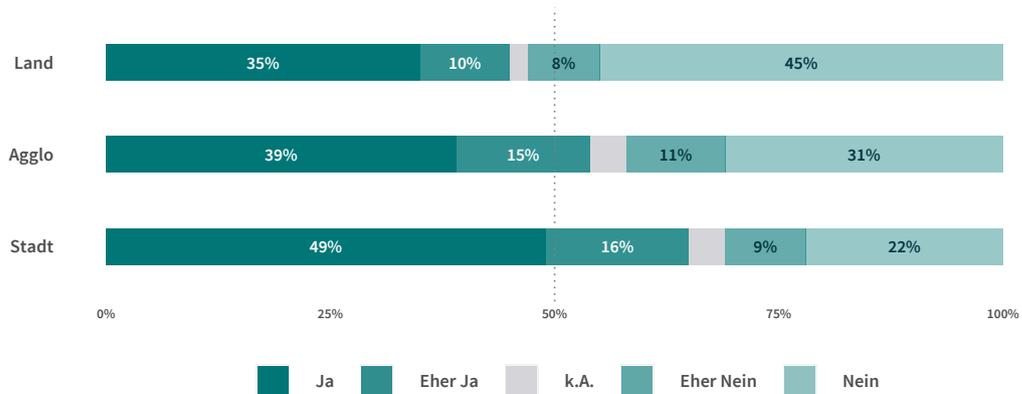
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 13: Werden Sie für das Pestizidverbot stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	49	39	35
Eher Ja	16	15	10
Eher Nein	9	11	8
Nein	22	31	45
Keine Angabe	4	4	2
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2	2



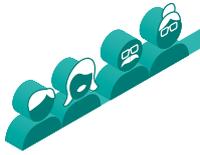
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 14: Werden Sie für das Pestizidverbot stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	31	38	43	47
Eher Ja	13	13	14	13
Eher Nein	9	10	9	8
Nein	42	35	31	29
Keine Angabe	5	4	3	3
Statistische Unsicherheit (\pm)	3	2	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 15: Welches Argument spricht am ehesten für das Pestizidverbot?

	%
Pestizide sind eine Gefahr für die Gesundheit. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Pestiziden und bestimmten Krebsarten oder der Abnahme der Fruchtbarkeit.	45
Pestizide tragen zum Insektensterben bei. Damit wächst die Gefahr, dass Pflanzen nicht mehr bestäubt werden.	33
Die Initiative stärkt die hiesige Landwirtschaft, weil auch Importprodukte frei von Pestiziden sein müssen.	12
Eine Million Menschen trinkt täglich verunreinigtes Wasser.	7
Ein anderes.	2
Keines.	1

Tabelle 16: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Pestizidverbot?

	%
Die Initiative ist eine Gefahr für die Versorgungssicherheit.	35
Die Vorlage führt zu steigenden Lebensmittelpreisen, weil die Produktion und die Importe verkompliziert werden.	29
Schweizer Lebensmittelproduzenten müssten teurer einkaufen und hätten damit beim Export einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz.	20
Die Initiative steht im Konflikt zu internationalem Handelsrecht.	7
Ein anderes.	7
Keines.	2

[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3 Abstimmung über das Covid-19-Gesetz

Tabelle 17: Werden Sie für das Covid-19-Gesetz stimmen?

	%	
Ja	53	} 66
Eher Ja	13	
Eher Nein	5	} 27
Nein	22	
Keine Angabe	7	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



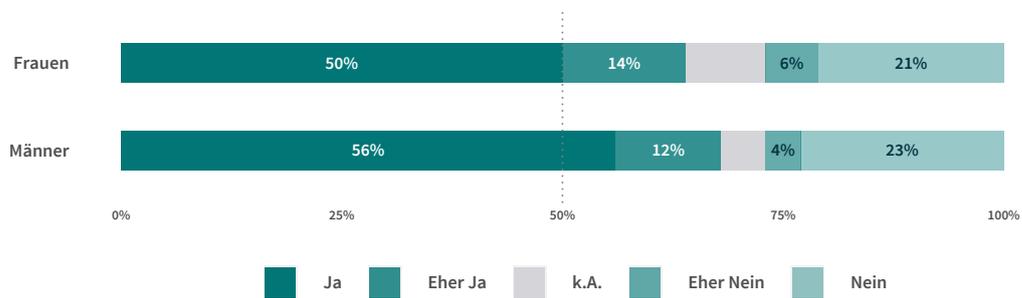
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 18: Werden Sie für das Covid-19-Gesetz stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	56	50
Eher Ja	12	14
Eher Nein	4	6
Nein	23	21
Keine Angabe	5	9
Statistische Unschärfe (±)	1	2



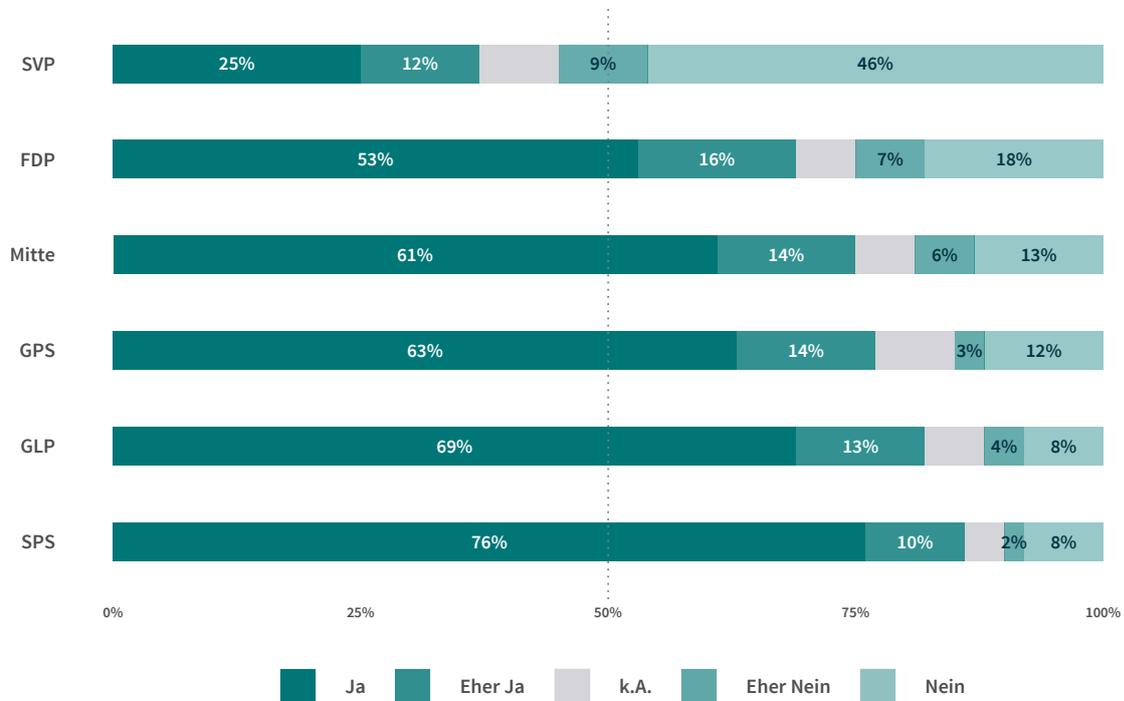
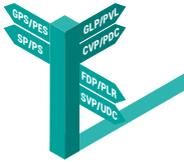
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 19: Werden Sie für das Covid-19-Gesetz stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	53	61	76	25	63	69
Eher Ja	16	14	10	12	14	13
Eher Nein	7	6	2	9	3	4
Nein	18	13	8	46	12	8
Keine Angabe	6	6	4	8	8	6
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	2	3	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 20: Werden Sie für das Covid-19-Gesetz stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	52	57	52
Eher Ja	13	14	13
Eher Nein	6	4	5
Nein	24	16	19
Keine Angabe	5	9	11
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 21: Werden Sie für das Covid-19-Gesetz stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	60	52	48
Eher Ja	12	14	13
Eher Nein	5	6	6
Nein	18	21	25
Keine Angabe	5	7	8
Statistische Unschärfe (±)	2	2	2



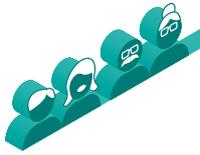
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 22: Werden Sie für das Covid-19-Gesetz stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	47	46	55	64
Eher Ja	13	14	12	13
Eher Nein	6	6	5	4
Nein	23	26	22	16
Keine Angabe	11	8	6	3
Statistische Unscharfe (\pm)	3	2	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 23: Welches Argument spricht am ehesten für das Covid-19-Gesetz?

	%
Das Gesetz ist nötig, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Mehr als eine Million Menschen waren und sind auf die finanziellen Hilfen angewiesen.	82
Das Gesetz trägt zur Sicherung der Versorgung mit wichtigen medizinischen Gütern bei.	6
Das Gesetz bringt uns dank dem Impfzertifikat neue Freiheiten.	4
Ein anderes.	3
Das Gesetz ermöglicht es, Kulturschaffende, Sportclubs oder auch Medien zu unterstützen.	3
Keines.	2



Tabelle 24: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Covid-19-Gesetz?

	%
Das Gesetz stärkt die Macht von Bundesrat und Verwaltung und schwächt die Stellung des Parlaments.	30
Das Gesetz diskriminiert Ungeimpfte.	28
Ein Nein ist ein erster Schritt zum Ende der Regierungsmassnahmen.	25
Ein anderes.	8
Hilfsgelder für die Medien sind eine Gefahr für die Pressefreiheit.	5
Keines.	4

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



4 Abstimmung über das CO2-Gesetz

Tabelle 25: Werden Sie für das CO2-Gesetz stimmen?

	%	
Ja	43	} 54
Eher Ja	11	
Eher Nein	8	} 43
Nein	35	
Keine Angabe	3	
Statistische Unschärfe (±)		1



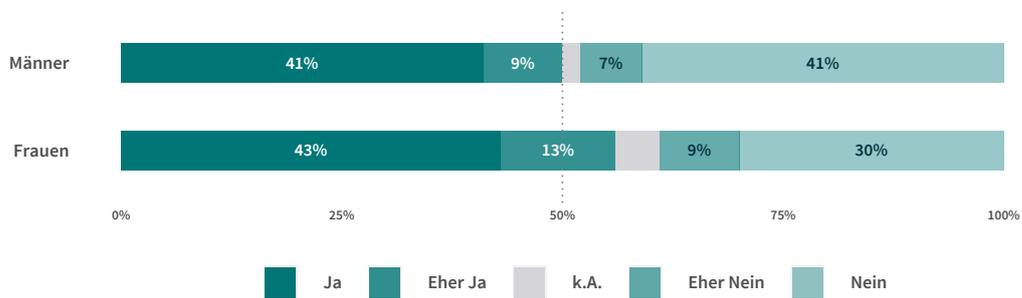
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 26: Werden Sie für das CO2-Gesetz stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	41	43
Eher Ja	9	13
Eher Nein	7	9
Nein	41	30
Keine Angabe	2	5
Statistische Unschärfe (±)	1	2



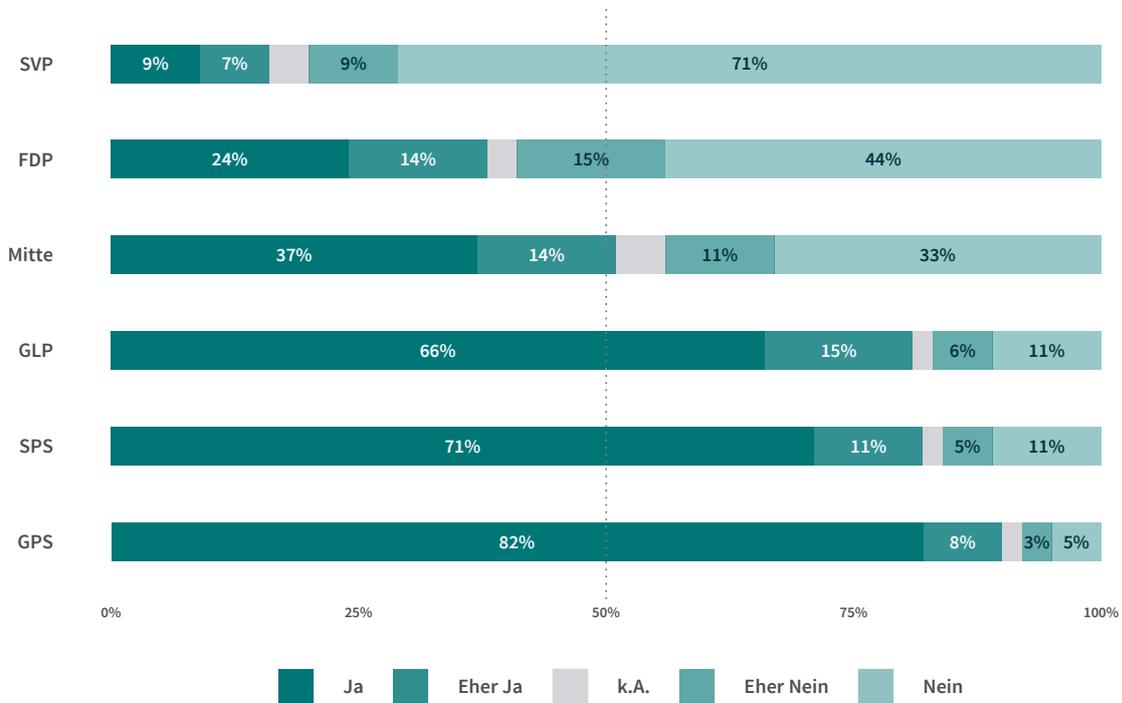
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 27: Werden Sie für das CO2-Gesetz stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	24	37	71	9	82	66
Eher Ja	14	14	11	7	8	15
Eher Nein	15	11	5	9	3	6
Nein	44	33	11	71	5	11
Keine Angabe	3	5	2	4	2	2
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	2	3	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 28: Werden Sie für das CO2-Gesetz stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	42	44	38
Eher Ja	11	11	10
Eher Nein	8	7	9
Nein	36	33	38
Keine Angabe	3	5	5
Statistische Unschärfe (±)	1	2	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 29: Werden Sie für das CO2-Gesetz stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	55	40	36
Eher Ja	10	11	11
Eher Nein	5	9	10
Nein	28	36	40
Keine Angabe	2	4	3
Statistische Unschärfe (±)	2	2	2



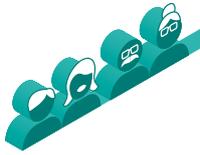
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 30: Werden Sie für das CO2-Gesetz stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	40	42	43	45
Eher Ja	12	11	10	10
Eher Nein	9	7	8	8
Nein	34	35	36	36
Keine Angabe	5	5	3	1
Statistische Unsicherheit (\pm)	3	2	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 31: Welches Argument spricht am ehesten für das CO2-Gesetz?

	%
Das Gesetz hat eine lenkende Wirkung: Es belohnt klimafreundliches Verhalten. Wer mehr CO2 verursacht, zahlt hingegen auch mehr.	45
Das Gesetz ist nötig, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.	27
Die Schweiz ist vom Klimawandel stark betroffen und muss ihre Verantwortung wahrnehmen.	19
Ein Grossteil der Gelder aus der CO2- und der Flugticketabgabe fliesst über Gutschriften bei den Krankenkassenprämien zurück an die Bevölkerung.	3
Ein neuer Klimafonds ermöglicht klimafreundliche Projekte.	3
Ein anderes.	2
Keines.	1

Tabelle 32: Welches Argument spricht am ehesten gegen das CO2-Gesetz?

	%
Das Klimaproblem lösen wir nicht über Steuern und Abgaben, sondern über Innovation.	44
Das Gesetz nützt nichts, weil der Einfluss der Schweiz auf das Weltklima marginal ist.	27
Benzin oder das Fliegen würden teurer. Mit dem Gesetz müsste eine vierköpfige Familie bis zu 1000 Franken mehr bezahlen.	19
Die neuen Abgaben und Verbote schaden der Wirtschaft.	6
Ein anderes.	2
Das Gesetz geht nicht weit genug.	1
Keines.	1

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



5 Abstimmung über das Gesetz zu polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

Tabelle 33: Werden Sie für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stimmen?

	%	
Ja	53	} 68
Eher Ja	15	
Eher Nein	7	} 24
Nein	17	
Keine Angabe	8	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 34: Werden Sie für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	55	49
Eher Ja	13	17
Eher Nein	7	8
Nein	19	16
Keine Angabe	6	10
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2



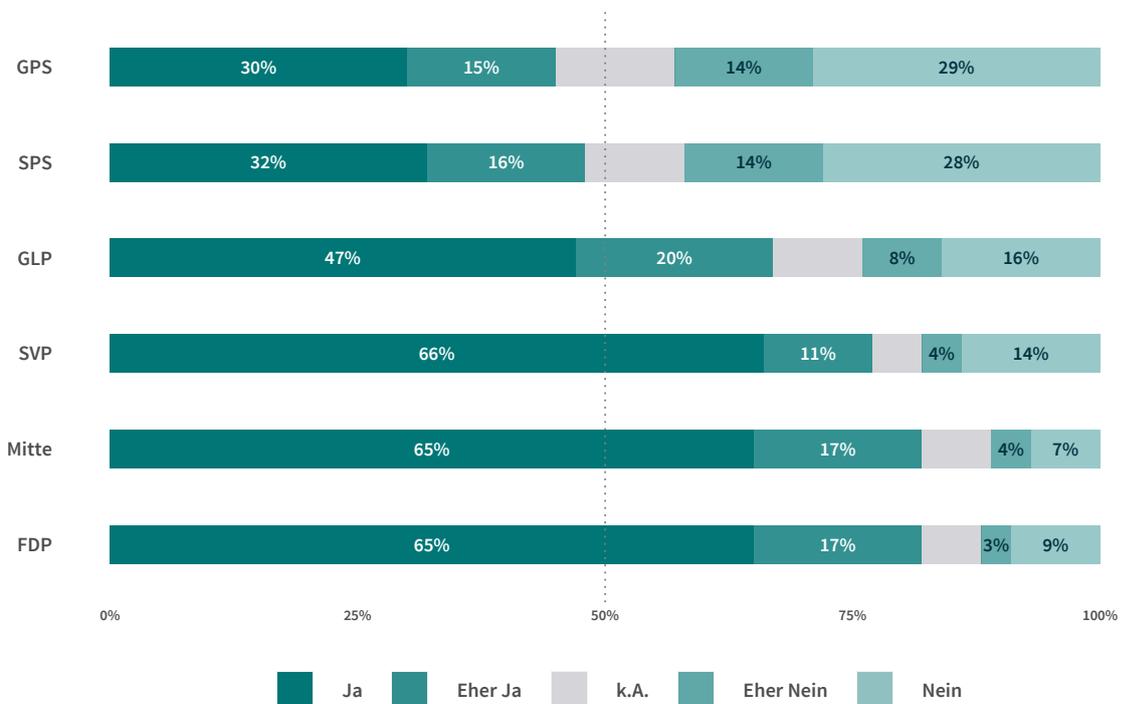
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 35: Werden Sie für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	65	65	32	66	30	47
Eher Ja	17	17	16	11	15	20
Eher Nein	3	4	14	4	14	8
Nein	9	7	28	14	29	16
Keine Angabe	6	7	10	5	12	9
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	2	3	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 36: Werden Sie für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	52	54	57
Eher Ja	15	15	16
Eher Nein	8	6	5
Nein	19	15	13
Keine Angabe	6	10	9
Statistische Unschärfe (±)	1	2	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 37: Werden Sie für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	42	55	57
Eher Ja	15	15	15
Eher Nein	10	8	6
Nein	25	15	14
Keine Angabe	8	7	8
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2	2



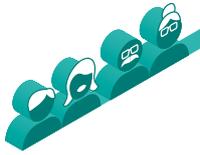
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 38: Werden Sie für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	43	45	55	65
Eher Ja	14	17	16	13
Eher Nein	10	8	7	5
Nein	23	20	15	12
Keine Angabe	10	10	7	5
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 39: Welches Argument spricht am ehesten für für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen?

	%
Die Polizei hat heute zu wenig Möglichkeiten, um präventiv gegen potenzielle Terroristen vorzugehen.	49
In Europa und auch in der Schweiz ist die Gefahr eines Terroranschlages real.	17
Ohne präventive Mittel bleibt die Schweizer Anti-Terror-Strategie lückenhaft.	16
Das Gesetz formuliert klare Schranken für die Anwendung von präventiven Massnahmen durch die Polizei.	15
Keines.	1
Ein anderes.	2



Tabelle 40: Welches Argument spricht am ehesten gegen für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen?

	%
Das Gesetz öffnet der Willkür Tür und Tor: Unbescholtene Bürger könnten unter falschen Verdacht geraten.	59
Das Gesetz höhlt die Gewaltenteilung aus, weil viele Massnahmen von der Polizei statt von einem Gericht angeordnet werden könnten.	26
Die Massnahmen könnten sogar für Kinder angeordnet werden. Das verstösst gegen die Kinderschutzkonvention.	8
Ein anderes.	3
Der Ruf der humanitären Schweiz nähme Schaden.	3
Keines.	1

[Zurück zur Zusammenfassung](#)



6 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 18'271 UmfrageteilnehmerInnen (13'335 aus der Deutschschweiz, 4'494 aus der Romandie und 442 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen gewichteten oder ungewichteten Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α -Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.2\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 26. – 27. April 2021 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichtet.

7 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 41, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 41: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht



zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



8 Modellbasierte oder designbasierte Umfragen?

Die Standardmethode von Telefonumfragen baute lange Zeit auf der Theorie der Zufallsstichprobe auf. Aus der Stimmbevölkerung wird eine "repräsentative" Stichprobe von 1,000 bis 1,500 Befragten interviewt. Wenn die Stichprobe tatsächlich zufällig generiert wurde—das heisst, alle StimmbürgerInnen haben dieselbe Teilnahmewahrscheinlichkeit—ist die Analyse der Daten vergleichsweise einfach, präzise und robust: Die Unterstützung in der Stichprobe für eine Vorlage kann direkt auf die Stimmbevölkerung extrapoliert werden (wobei noch die Unsicherheit berechnet wird). Die Vorteile der Standardmethode sind die wenigen Annahmen in der Datenauswertung und die elegante theoretische Fundierung. Dieser Ansatz, der in seiner Grundstruktur seit den 1930er Jahren verwendet wird, wird als *designbasierte* Umfrage bezeichnet.

Die Herausforderung (oder Achillesferse) liegt im Generieren einer repräsentativen Zufallsstichprobe. Theoretisch sollte jede Wählerin die gleiche Wahrscheinlichkeit haben, in der Stichprobe interviewt zu werden. In der Praxis ist das wegen Problemen im Abdeckungsgrad und der Nicht-Teilnahme an Umfragen nicht der Fall. Massgebend ist neben der Auswahl der Stichprobe die Erreichbarkeit und Nicht-Teilnahme (bzw. Verweigerung) der Personen, die kontaktiert werden. In aktuellen Telefonumfragen bleiben bis zu 90% der Anrufe unbeantwortet. Über die Jahre ist die Verweigerung und Nicht-Erreichbarkeit deutlich gestiegen (vor 15 Jahren war die Ausschöpfungsquote noch rund doppelt so gut).² Problematisch ist die hohe Nicht-Erreichbarkeit und Verweigerung, weil sich die relativ wenig Personen, welche an den Umfragen teilnehmen, systematisch von der grossen Mehrheit unterscheidet, die auch hätte interviewt werden sollten.

Aufgrund dieser Probleme hat sich eine Alternative zu den designbasierten Umfragen entwickelt - die *modellbasierte* Umfrage. In diesem Ansatz wird nicht mehr angenommen, dass die Stichprobe repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist, sondern modelliert die Gesamtbevölkerung. Gewichtete Umfragen sind Teil dieses modellbasierten Ansatzes. Die gewichtete Analyse von grossen Onlinestichproben folgt nicht der Theorie der Zufallsstichprobe. Anstatt eine relativ kleine Stichprobe auszuwerten—die über ein Zufallsverfahren hätte zustande kommen sollen—, werden Verzerrungen in Online-Stichproben akzeptiert, aber ausgeglichen. Dabei werden politische, geographische und demographische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren analysiert.

In gewichteten Umfragen werden Idealtypen gebildet, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnt und einen Hochschulabschluss haben. In einem weiteren Schritt werden für die Idealtypen die durchschnittliche Unterstützung zu einer Frage bestimmt. Im letzten Schritt werden die einzelnen Idealtypen entsprechend ihrer Häufigkeit in der Bevölkerung gewichtet. Das erlaubt in einem weiteren Schritt ein gewichtetes Mittel zu schätzen.³ Auch dieser Ansatz basiert auf Annahmen - eine Annahme ist beispielsweise, dass die 18-35 jährigen Bernerinnen, die Befragt werden für diese spezifische Gruppe repräsentativ sind. Die genauen Details unterscheiden sich,

²Bei der VOX 107 (siehe Technischer Bericht vom 10.7.2012) beispielsweise wurden von 14'331 zufällig generierten und gültigen Telefonnummern 1'507 Personen befragt (Ausschöpfung = 10.5%). In der VOX 72 (siehe Technischer Bericht vom 15.12.2000) war die Ausschöpfungsquote bei 19.5% (1'024 verwendbare Interviews bei 5'244 gültigen Ursprungsnummern) und in der VOX 62 (siehe Technischer Bericht vom 22.10.1997) bei 23% (1'001 verwendbare Interviews bei 4'374 gültigen Ursprungsnummern).

³Eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen beiden Ansätzen finden Sie hier: Ansolabehere, Stephen, and Douglas Rivers. "Cooperative Survey Research" *Annual Review of Political Science* 16: 307–329. Der Aufsatz kann hier gelesen werden: <http://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev-polisci-022811-160625>



zahlreiche grosse Meinungsforschungsunternehmen setzen jedoch auf diese Verfahren wie z.B. YouGov welches die politischen Umfragen für die New York Times und den Fernsehsender CBS durchführt.

Fazit: Die Stärke der designbasierten Umfrage liegt in den wenigen Annahmen bezüglich der Auswertung der Daten. Ob die Theorie der Zufallsstichprobe anwendbar ist, hängt von der Stichprobe ab. Die Schwierigkeiten über Telefoninterviews eine repräsentative Zufallsstichprobe zu generieren haben stark zugenommen. Einige Massnahmen, wie zum Beispiel die Berücksichtigung von Mobilnummern und die Auswahl der Kontaktpersonen mittels "random digitng", verbessern zwar den Abdeckungsgrad, lösen aber das Hauptproblem nicht – nämlich die steigende Nicht-Erreichbarkeit und Verweigerung. Die zunehmend genutzte Alternative dazu sind modellbasierte Umfragen.

9 Bisherige Umfragen und Vergleich mit Endergebnis

Die Qualität von Umfragen zu bestimmen ist kein leichtes Unterfangen, da die Unterstützung von Vorlagen sich über die Zeit ändert. Die folgenden Daten hier erlauben jeder Leserin und jedem Leser sich ein eigenes Bild zu machen.

Ein möglicher Ansatz ist, Umfragen mit dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis zu vergleichen. Mit diesem Ansatz wird die letzte Umfrage vor der Abstimmung mit dem Abstimmungsergebnis verglichen. Dieser Vergleich ist informativ unter der Annahme, dass sich die Meinungen in den letzten zwei bis drei Wochen zwischen der letzten Umfragewelle und der Abstimmung nicht mehr ändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft oder nicht ist eine empirische Frage. Die folgende Tabelle gibt hierzu einen Überblick.

Wird die letzte Umfrage vor den Abstimmungen mit dem Endergebnis verglichen (siehe Tabelle 42), liegt die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage in etwa der Hälfte aller Abstimmungen näher am amtlichen Endergebnis als die SRG Trendumfrage.



Tabelle 42: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Skeplationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	36	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	40	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	66	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Rentenreform	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
Finanzordnung	71	74	84	SRG Trendumfrage
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedelungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	61	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	57	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	43	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kinderdrittbetr.	51	43	37	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampffjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage
KOVI	51	57	51	20 Minuten-/Tamedia
Verbot Kriegsmat-finanz.	41	50	43	20 Minuten-/Tamedia
Burkainitiative	59	49	51	SRG Trendumfrage
E-ID-Gesetz	42	42	36	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Handelsvertrag Indonesien	52	52	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage



Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autoren

Lucas Leemann ist Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik an der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg, Gastprofessor für Politische Theorie an der Universität Zürich und als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi ist Doktorand am Lehrstuhl für Methoden des politikwissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich. Er schreibt seine Dissertation im Bereich des politischen Verhaltens mit einem Schwerpunkt auf statistischen Modellen sowie Datenvisualisierung.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.